

Vortrag „Situation der Christen in der dritten Welt“

Vortrag vor der Subkommende am 15. April 2008

- "Christenverfolgung - ein immer noch aktuelles Thema": Leider, so muss man sagen. Nachdem die vergangenen Jahrhunderte in Mitteleuropa gekennzeichnet waren von Jahrzehnte langen Religionskriegen wie dem Dreißigjährigen Krieg, dachten wir eigentlich, mit der Aufklärung und später mit dem Ende des totalitären Zeitalters wäre auch das Ende religiöser Feindschaften gekommen. Aber das muss man heute als Irrtum eingestehen.
- Neueste Untersuchungen gehen davon aus, dass in rund 50 Staaten der Welt Christen verfolgt, diskriminiert und entrechtet werden. Menschenrechtsorganisationen weisen auf die international sehr unterschiedlichen Formen von Diskriminierung und Verfolgung hin.
- Unterschieden werden muss vor allem auch bei den Akteuren der Verfolgung. Es gibt hierbei Formen von Diskriminierung im persönlichen Umfeld sowie durch nichtstaatliche Akteure (z. B. im Sudan), aber vor allem durch regionale Behörden und staatliche Maßnahmen auf nationaler Ebene mit strafrechtlicher Verfolgung bis hin zur Todesstrafe (vgl. z. B. den Fall Rahman in Afghanistan).
- Religiöse Intoleranz und Diskriminierung, auch gegen Christen, geht zunehmend von nichtstaatlichen Akteuren aus und wird oftmals staatlicherseits toleriert oder nicht effektiv verhindert, wie etwa in Bangladesch, Pakistan, Sri Lanka, Ägypten oder in einigen Unionsstaaten in Indien. Derartige Entwicklungen haben zum Teil zu erheblicher Abwanderung von Christen aus einigen Regionen geführt, so etwa aus Nah- und Mittelost.
- Jedes Jahr erstellt die überkonfessionelle Organisation „Open doors“ einen „Weltverfolgungsindex“, der auflistet, in welchen Ländern es zu Verfolgungen von Christen kommt. Dabei werden nicht nur Einzelfälle dokumentiert, sondern auch staatliche repressive Maßnahmen gegenüber der religiösen Minderheit bewertet.
- Folgende Länder werden im Jahr 2008 auf dem Weltverfolgungsindex auf den ersten zehn Plätzen registriert:
 1. Nordkorea, 2. Saudi-Arabien, 3. Iran, 4. Malediven, 5. Bhutan,
 6. Jemen, 7. Afghanistan, 8. Laos, 9. Usbekistan, 10. China
- Besonders auffällig ist an dieser Liste, dass sich dabei fast ausschließlich um islamische oder kommunistisch regierte Länder handelt:
In fünf Länder herrscht der Islam vor:
Saudi-Arabien, Iran, Malediven, Jemen, Afghanistan
Vier Länder werden von kommunistischen Regimen beherrscht oder sind Nachfolgestaaten der Sowjetunion:
Nordkorea, Laos, Usbekistan, China
- Nach Angaben anderer Organisationen wie der igfm, oder „Christan Solidarity International“ werden noch Länder wie Sudan, Nigeria, Indonesien, Irak, Algerien, Libyen, Mauretanien, und Ägypten genannt. Auch hier handelt es sich um Staaten, in denen der Islam die Mehrheits- oder gar Staatsreligion ist. Von den rund 2,1 Mrd. Christen weltweit sind rund 200 Mio. Menschen ständig wegen ihres Glaubens Diskriminierungen oder Verfolgungen ausgesetzt.
- In islamisch geprägten Staaten genießen Christen als Anhänger einer der so genannten Buchreligionen formal zumeist einen besonders geschützten Status. Gleichwohl wird nichtislamischen Religionen zumeist öffentliche Zurückhaltung bei ihrer Ausübung auferlegt bzw. im Falle von Christen etwa auf große Kirchen beschränkt. Vor allem Missionierung, aber auch christlicher Religionsunterricht

sowie Bau von Kirchen unterliegen in den meisten islamischen Staaten Einschränkungen bis hin zu einem völligen Verbot (Saudi-Arabien).

- Aus Indonesien kamen in den letzten Monaten immer wieder beunruhigende Meldungen, dass islamische Extremistenorganisationen massiv gegen Christen vorgehen. Wiederholt kam es zu gewaltsamen Zerstörungen von Kirchen und christlichen Einrichtungen durch Extremisten.
- In China genießen die von Peking offiziell anerkannten Protestanten und Patriotischen Katholiken seit einigen Jahren spürbar größeren Handlungsspielraum sowie teilweise materielle Unterstützung des Staates, z. B. zum Bau von Kirchen. Gottesdienste der nicht anerkannten protestantischen „Hauskirchen“ und der romtreuen katholischen Untergrundkirche werden jedoch immer wieder gewaltsam aufgelöst, Gotteshäuser zerstört, Gläubige verhaftet und teilweise in Straflager eingewiesen.
- Besonders bedrückend ist die Situation in Nordkorea. Hier wird von offizieller Seite aus „Jagd“ auf die Christen gemacht. Wer sich in dem atheistischen Land offen zum Christentum bekennt, muss fast zwangsläufig mit einer Inhaftierung in einem Arbeitslager unter unmenschlichen und oftmals tödlichen Bedingungen rechnen. Überlebende berichten von täglicher Zwangsarbeit bis zu 18 Std., Schläge und Folter, unzureichende oder ungenießbare Nahrung, unmenschliche und erniedrigende Behandlung insbesondere bei Verhören. Organisationen wie amnesty international rechnen damit, dass bis zu 250.000 Menschen in den etwa 15-25 Arbeits- und Umerziehungslagern einsitzen. In der Vergangenheit ist es zudem wiederholt zu Massenexekutionen an Christen gekommen. Ihr „Verbrechen war, es in der Bibel gelesen oder gebetet zu haben. Die einzige Chance zu überleben ist es, dem christlichen Glauben abzuschwören und Gott zu verleugnen. Der Regierung ist es gelungen, die christlichen Gemeinden in Nordkorea weitestgehend zu liquidieren. Gab es zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch rund 300.000 Christen und etwa 2.300 Kirchen allein in Pjöngjang, so gibt es nach vorsichtigen Schätzungen heute nur noch etwa 12-14.000 Christen in Untergrundgemeinden in Nordkorea. Im ganzen Land existieren noch ganze vier Kirchen, die als Feigenblatt für das kommunistische Regime dienen.
- Hinzu kommen noch Länder wie Usbekistan (Platz 9) oder Turkmenistan (Platz 13), die besonders interessant sind. Diese beiden Länder haben sich zudem in den letzten Jahren verschlechtert und wurden auf immer höheren Plätzen bei „open doors“ gelistet. Bei den Regierungen handelt es sich um solche, die sich aus ehemaligen KP-Funktionären der ehemaligen Sowjetunion gebildet haben. So war der usbekische Staatspräsident Islam Karimow zu Sowjetzeiten Finanzminister und stellvertretender Regierungschef und ab 1989 Erster Parteisekretär in Usbekistan. Allerdings sind rund 88% der usbekischen Bevölkerung auch sunnitische Muslime, was besondere Spannungen mit sich bringt. Christen stellen hier nur eine sehr kleine Minderheit dar, die sowohl von der Regierung als auch von der islamischen Mehrheitsreligion misstrauisch beobachtet werden. Seit der Niederschlagung des Volksaufstandes in Andischan durch die Regierung im Jahr 2005 hat sich die Politik Usbekistans gegen die Christen gewandt. Die Beziehungen zwischen der Regierung und westlichen Ländern verschlechterten sich. In Usbekistan werden Christen als Anhänger einer westlichen Religion oder Mitglieder einer extremistischen Sekte angesehen. 2006 wurden viele ausländische christliche Entwicklungshelfer aus Usbekistan ausgewiesen. Im Juni 2006 trat ein neues Gesetz in Kraft, wonach der Druck von religiösen Büchern mit drei Jahren Gefängnis bestraft werden kann. In Fernsehsendungen wurden Christen negativ dargestellt, was zu mehr Druck auf Christen führte –

besonders durch Verwandte und örtliche Beamte. In abgelegenen Landesteilen treffen Christen mit islamischem Hintergrund auch auf den Widerstand fundamentalistischer Muslime und werden unter Druck gesetzt, zum Islam zurückzukehren. Weil sie zum Christentum konvertierten, werden sie öffentlich erniedrigt und aus ihren Häusern und vom Arbeitsplatz vertrieben.

- Ähnlich ist die Situation in Turkmenistan. Auch hier herrscht ein autokratisches altkommunistisches Regime, während sich fast 90% der Menschen zum Islam bekennen. Der Theorie nach haben Christen ein gewisses Maß an Religionsfreiheit. Die Verfassung Turkmenistans garantiert „Freiheit von Religion und Freiheit“ (Art. 11) sowie „Freiheit der Überzeugung und des freien Ausdrucks der Überzeugung“ (Art. 26).

Trotzdem erleben viele protestantische Christen regelmäßig, dass ihre Kirchen oder Hausgruppen durchsucht und Literatur sowie andere Materialien beschlagnahmt werden. Ein Gemeindeleiter kommentierte: „Die Gesetze und die Verfassung sind auf unserer Seite, aber die Beamten tun, was ihnen von weiter oben gesagt wird. Die Polizei will nie etwas schriftlich festhalten, wenn sie uns verfolgt – sie will verbergen, was vor sich geht.“ Die Seite, die Turkmenistan der Außenwelt zeigt, ist freundlich und kooperativ, die dem turkmenischen Volk zugewandte aber ist grausam.

Ethnische Turkmenen, die den Islam verlassen und Christen werden, sind weiterhin Erniedrigung und psychologischem Druck durch muslimische Geistliche und Behörden ausgesetzt. Die meisten Mitglieder des Rats für religiöse Angelegenheiten³ sind Muslime – und einige sind sogar Imame – und dennoch soll der Rat hinsichtlich der Religion eine neutrale Position einnehmen.

Die für Gemeinden vorgeschriebene Registrierung ist ein mühevoller Prozess. Christliche Gruppen aus ethnischen Turkmenen haben kaum eine Chance, sich registrieren zu lassen. Sie gelten als Sekten. Registrierte Gemeinden haben den Behörden Bericht zu erstatten über ihr kirchliches Leben. Protokolle von Gemeinderatssitzungen müssen dem Justizministerium eingereicht werden und Kollekten (Sammlungen, Spenden) sind auf einem offiziellen Bankkonto zu deponieren, wobei alle finanziellen Transaktionen von den Geheimdiensten beobachtet werden. Offiziell müssen 20 Prozent aller Spenden an den Rat für religiöse Angelegenheiten überwiesen werden. Die Regierung ist über alle Gemeindemitglieder zu informieren. Aufgrund dieser Form staatlicher Einmischung haben sich verschiedene Gemeinden, die sich anfangs registrieren lassen wollten, dagegen entschieden.

- Daneben kommt es vor allem in Süd- und Mittelamerikanischen Ländern wie Venezuela, Guatemala und Kolumbien immer wieder zu Übergriffen auf Gläubige und Priester. Hier sind es vor allem extremistische Guerillagruppen sowie Mafia-bandern, die Betroffenen angreifen und häufig töten. Politische oder religiöse Hintergründe sind nur teilweise vorhanden, gelegentlich handelt es sich dabei auch um Auseinandersetzungen aus dem Bereich der Drogenkriminalität.

Die Kirche in Kolumbien ist stark gewachsen, aber die Guerillagruppen, die Drogenkartelle, korrupte Behörden und die traditionellen indianischen Religionen brandmarken die Christen als Verräter. Christen sind oft Ziel von Mordkomplotten; Missionare werden bedroht, entführt und ermordet. Nicht wenigen Christen hat ihr Eintreten gegen das organisierte Verbrechen den Tod gebracht.

Die Bibel wendet sich gegen alle marxistisch-leninistische Philosophie und greift die Kultur des Mordens und der Gewalt an. Deswegen sind die Guerillas gegen die Bibel. Christ zu werden ist für einen Guerillero so gefährlich, dass er deswe-

gen umgebracht werden kann. Das Christentum steht im totalen Gegensatz zur marxistischen Philosophie.

- Nach internationalen Schätzungen starben allein 2005 rund 90.000 Christen weltweit aufgrund ihres Glaubens. Allein in dem afrikanischen Staat Eritrea sollen über 2.000 Christen nur aufgrund ihres Christentums im Gefängnis sitzen. Immer wieder kommt es dort zu schwersten Misshandlungen und Folter, an denen bereits zahlreiche Menschen gestorben sind.
- In zahlreichen afrikanischen Staaten wie Eritrea, Nigeria und Somalia und andere sind Unterdrückung und Übergriffe gegenüber Christen an der Tagesordnung.

Welchen Formen von Diskriminierung und Verfolgung sind Christen heute ausgesetzt?

Wir können vier Formen von Diskriminierung und Verfolgung feststellen

- Behinderung der Religionsfreiheit
- Diskriminierung
- Rechtliche oder gewalttätige Verfolgung
- Lebensbedrohung

Behinderung der Religionsfreiheit:

- In fast allen genannten Ländern steht eine Behinderung der Religionsfreiheit für die betroffenen Christen auf der Tagesordnung. So werden etwa Gottesdienste in den Gemeinden untersagt oder gestört. Dies geschieht sowohl im öffentlichen wie auch im privaten Raum. Gemeinden werden schon bei ihrer Entstehung behindert oder können sich erst gar nicht bilden.
Ein grundsätzliches Problem ist auch die Ausbildung von Priestern/Geistlichen in den meisten Ländern. Selbst in einem Land wie der Türkei, die Mitglied der EU werden möchte, ist es bisher nicht möglich, Geistliche auszubilden. Hinzu kommt, dass in der Türkei Gemeinde nur als Stiftungen auftreten können und damit eine eingeschränkte Rechtspersönlichkeit haben. Dies wirkt sich vor allem auch auf den Immobilienbesitz aus, der in vielen Fällen schon an den Türkischen Staat zurückgefallen ist, weil die Eigentumsverhältnisse nicht geklärt werden konnten.
- Behinderung der Mission:
Hier handelt es sich nicht um das Verbot einer christlichen Mission vor allem in islamischen Staaten. Vielmehr ist es den Christen in den Ländern verboten, sich aktiv über ihre Religion zu informieren. So sind in der Regel keine christlichen Druckerzeugnisse wie Bücher oder Zeitschriften zugelassen, zudem werden Internet-Seiten mit christlichem Inhalt gesperrt. Behindert wird zudem der Religionsunterricht für Kinder und Jugendliche, der in der Regel gar nicht zugelassen wird. Auch Bildungsarbeit für Erwachsene ist untersagt oder kann nur in kleinen, privaten Zirkeln durchgeführt werden.
- Behinderung der Diakonie:
Während in Deutschland Diakonie und Caritas einen Großteil sozial-karitativer Tätigkeiten übernehmen und vor allem im Bereich der Pflege von Alten, Kranken und Behinderten sowie in der der allgemeinen Wohlfahrt tätig sind, sind solche Einrichtungen in den erwähnten Ländern nicht möglich. Werden sie dennoch eingerichtet, so sind sie häufig Ziel von Übergriffen, weil man in ihnen vor allem in islamischen Ländern Zentren anti-islamischer Mission vermutet. So kommt es z. B. immer wieder zu Übergriffen auf Geistliche und Nonnen, wenn sie in einem Land als Entwicklungshelfer o.ä. tätig sein wollen.

Allgemeine Diskriminierung:

- Verbot, Kirchen zu bauen oder zu renovieren.
- Importverbot für christliche Schriften (Bibeln) (z. B. in Bhutan oder Laos)
- Keine Zulassung zu Arbeitsplätzen in öffentlichen Ämtern (Bhutan)
- Benachteiligung bei der Wohnungsvergabe
- Obligatorische staatliche Registrierung für Christen (z. B. in Vietnam); in Ägypten kommt es häufiger vor, dass bei koptischen Christen falsche Religionseinträge in Ausweisdokumenten vorgenommen werden, die nachher kaum mehr zu revidieren sind.
- Polizeiliche Festnahme von Christen, um vom aktiven Praktizieren ihrer Religion abzuhalten (Bhutan)
- Verluste der Bürgerrechte beim Übertritt zum Christentum (z. B. auf den Malediven)
- Öffentliche Anschuldigungen und Beschimpfungen gegenüber Christen, Aufstachelung zum Hass gegen Christen.

(Gewalttätige) Verfolgung:

- Verhaftung wegen des Glaubens, häufig in Verbindung mit Schikanen und Schlägen in der Haft (z. B. im Iran oder Jemen)
- Misshandlung von gefangenen Christen bis hin zur Folter
- Geheimdienstliche Überwachung von Christen und christlichen Gemeinden sowie der Geistlichen (v.a. in Usbekistan)
- Anschläge und Zerstörung von Kirchen, oftmals mit Gewalt gegenüber den Gläubigen, kollektive Übergriffe auf (z. B. in Indien, Pakistan oder Nigeria)
- Negative Darstellung und Verunglimpfung von Christen in den Medien (z. B. in Indien)

Lebensbedrohung:

- Gezielte Tötung und Ermordung von Christen durch (religiöse) Extremisten (z. B. in Bangladesh, Nordkorea, Indien, Nigeria, Kolumbien), wo nicht immer klar ist, ob die Taten im „staatlichen Auftrag“ oder durch nichtstaatliche Akteure erfolgten.
- In zahlreichen Staaten ist Apostasie vom Islam und Übertritt zum Christentum mit der Todesstrafe bewährt (z. B. Saudi-Arabien, Jemen, Afghanistan). Im vergangenen Jahr wurde besonders der Fall des Afghanen Abdul Rahman bekannt, der zum Tode verurteilt wurde. Nur durch internationale Proteste und Interventionen gegenüber der afghanischen Regierung konnte am Leben bleiben.
- Völkerrechtliche Vereinbarungen wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1945) oder der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966) räumen den Menschen ausdrücklich das Recht ein, eine Religion zu haben oder auch zu wechseln. Daher ist die Androhung der Todesstrafe bei Apostasie ein eklatanter Verstoß gegen die erwähnten Erklärungen, die aber von meisten Staaten unterzeichnet wurden.

Was können Deutschland bzw. der Bundestag/die Bundesregierung für die verfolgten Christen tun?

- Die Koalitionsfraktionen haben im November 2006 auf Druck der Union einen Antrag eingebracht, der verschiedene Forderungen zum besseren Schutz von Christen aufstellt. „Solidarität mit verfolgten Christen und anderen verfolgten religiösen Minderheiten“ (BT-DS 16/3608)

- Darin wird die BReg. aufgefordert noch mehr als bisher, sich auf allen Ebenen bei internationalen Kontakten für betroffene Christen einzusetzen und die Bedeutung der Religionsfreiheit besonders zu betonen. Andere Ländern sollen die entsprechenden völkerrechtlichen Verträge ratifizieren und dafür Sorge tragen, dass diese auch eingehalten werden.
- Es muss auf der Grundlage der völkerrechtlichen Vereinbarungen klar gemacht werden, dass es keine Unterschiede bei der Interpretation von Freiheitsrechten geben darf. D.h. wer sich zu religiöser Freiheit bekennt, muss diese auch allen Religionen gewähren, aber auch den Menschen, die keiner Religion angehören. Hier darf es keine Abstriche geben.
- Das Thema Christenverfolgung muss auch in Deutschland weiter thematisiert werden. Häufig wird das Thema unter dem Deckmantel falscher political correctness nicht angesprochen, weil man andere Religionen nicht provozieren möchte oder Angst hat als vermeintlicher „Kreuzritter“ dazustehen.
- Christenverfolgung ist aber auch in den Menschenrechtsdialogen mit China und Iran anzusprechen, um die Situation christlicher Minderheiten in den Ländern zu verbessern. Gleiches gilt auch für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Auch hier muss das Problem thematisiert werden, denn das Grundrecht auf Religionsfreiheit gehört mit zu den Kopenhagener Kriterien der EU.
- Der Antrag selbst wurde am 24. Mai 2007 mit der Mehrheit der Koalition im Bundestag angenommen. Kritik wurde u.a. daran geäußert, dass sich der Antrag vor allem Christen konzentriert. Angesichts der Tatsache, dass rund 80% der Opfer religiöser Verfolgung Christen sind, kann das Argument der einseitigen Betrachtung nicht überzeugen.
- BK Merkel hat bei ihrer letzten China-Reise auch Dr. Aloysius Jin Luxian, den katholischen Bischof von Shanghai, getroffen und ihm die Unterstützung der Christen zugesichert. Der katholische Bischof gehört dem Jesuitenorden an und hatte in den 40er und 50er Jahren in Deutschland, Österreich, Frankreich und Rom katholische Theologie, Philosophie und Geschichte studiert. Bis heute spricht Bischof Aloysius Jin fließend Deutsch. Für seine christliche Überzeugung verbüßte der Bischof von 1955 bis 1982 eine 27jährige Haftstrafe. Heute gilt er als wichtiges Bindeglied zwischen der staatlich kontrollierten katholisch-patriotischen Vereinigung Chinas und der katholischen Untergrundkirche.
- Aufgrund der aktuellen Verfolgungs- und Vertreibungssituation von Christen im Irak setzt sich die AG Menschenrechte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine aktive Hilfe für die betroffenen Christen ein. So wird derzeit überlegt, ob DEU ein begrenztes Kontingent von irak. christlichen Flüchtlingen aufnehmen kann, wie dies bereits früher bei anderen Flüchtlingsgruppen (vietnamesische Boatpeople, bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge, Flüchtlinge aus Kosovo) erfolgt. CDU/CSU sehen hier eine besondere Verantwortung für die bedrängten Christen da sie in ihrer Heimat überhaupt keine Schutzmacht haben und den Verfolgungen in extremer Form ausgesetzt sind.

Was kann der Einzelne tun?

- Jeder einzelne Christ ist aufgerufen, mutig für seine Glaubensbrüder zu streiten und das Recht auf Religionsfreiheit einzufordern. Dies sollte man auch gegenüber Andersgläubigen vertreten, aber auch deren Religion anerkennen. Nur wer selbst die Freiheit des Anderen anerkennt, kann auch selbst Freiheit einfordern.